

Was zahlt die Wirtschaft?

Kanzlerin Merkel fordert von den Stromkonzernen mehr Geld - wieviel, ist noch unklar

VON ANDRÉ STAHL UND
MARC-OLIVER VON RIEGEN

BERLIN/HEIDENHEIM. „Hirn einschalten - AKWs abschalten“, steht am Freitag auf einem Transparent in Heidenheim. Die 49 000-Einwohner-Stadt war gestern eine Station der sogenannten Energie-Reise der Kanzlerin Angela Merkel. Zumindest den ersten Teil der Forderung der Atomkraftgegner - den Appell ans Hirn - dürfte sich Schwarz-Gelb zu Herzen nehmen: An diesem Wochenende werden sich die Experten des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums über ein Gutachten zur Zukunft der Kernenergie beugen.

Mit dem Rat der Experten im Rücken wollen sich Merkel & Co. bis Ende September auf ein Energiekonzept mit längeren Atomlaufzeiten verständigen. Bis dahin dürften die Spekulationen andauern.

Denn nur in wenigen Punkten scheint es Klarheit zu geben: Eine Steuer oder anderweitige Abgabe für Kernbrennstoffe von jährlich 2,3 Milliarden Euro wird ab 2011 kommen - unabhängig von längeren Laufzeiten der Atommeiler. Das Geld soll den Bund auch bei den Kosten für das Atomüll-Endlager Asse entlasten. Dieser Posten aus dem Sparpaket wird am 1. September bei Vorlage des Gesetzentwurfes im Kabinett zunächst nur zur Kenntnis genommen, weil Politik und Industrie immer noch über Alternativen feilschen.

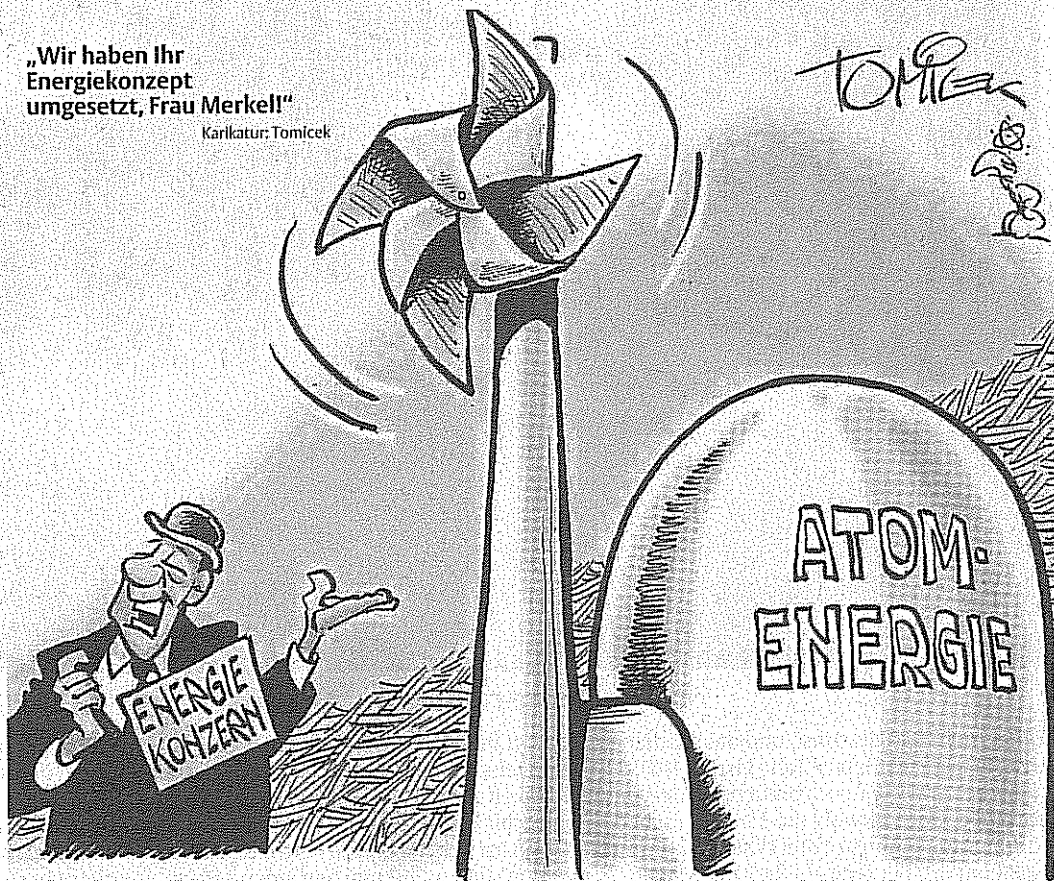
Freiwillig oder mit Zwang?

Einigkeit gibt es nach langem Hickhack mittlerweile wohl auch darüber, dass die vier Großkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall zusätzlich zur Kasse gebeten werden sollten, wenn Schwarz-Gelb die Laufzeiten wie im Koalitionsvertrag vereinbart verlängert. Auf diese Weise sollen die enormen Zusatzgewinne abgeschöpft werden und mehr Geld in den Ausbau von Öko-Strom fließen.

Die Frage ist nur: Wird die Industrie klar verpflichtet

„Wir haben Ihr
Energiekonzept
umgesetzt, Frau Merkel!“

Karikatur: Tomicek



oder reicht ein freiwilliger Beitrag, der dann sogar noch mit eigenen Investitionen der Unternehmen verrechnet wird? Nur die Konzerne wissen, welche Gewinne sie mit den

längst abgeschriebenen Atommeilern - den Perlen im Kraftwerkspark - einstreichen. Die Spekulationen reichen von 30 Milliarden bis zu mehr als 200 Milliarden Euro.

Merkel hält sich bedeckt. Die CDU-Chefin nimmt den Begriff „Abgabe“ ausdrücklich nicht in den Mund und spricht von „Beitrag“. Ansonsten schweigt sie. **KOMMENTAR**

HINTERGRUND

Freiwillige Zusage löst überwiegend Skepsis aus

Hintergrund der Spekulationen über eine Selbstverpflichtung ist die Befürchtung auch in der Koalition, die Atomkonzerne könnten bei einer Steuer, höheren Sicherheitsauflagen und einem verpflichtenden Beitrag für mehr Öko-Strom am Ende überfordert werden.

Eine freiwillige Zusage löst unter Kritikern Kopfschütteln aus. Denn die Konzerne dürften auch so in Zukunftstechnologien investieren. „Ich würde es nicht für sinnvoll erachten, wenn man jetzt nur eine lose Formulierung über

einen freiwilligen Beitrag findet für Konzerne, die ohnehin investieren“, erklärt die Berliner Energieökonomin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Zumal die „Marktmacht“ der vier Großen, die die Preise diktierten, noch zementiert würde.

Auch in der Koalition heißt es, dass Steuern und zusätzliche Beiträge für mehr Ökostrom bei längeren Laufzeiten das eine seien, Investitionen aber etwas anderes und allein Sache der Unternehmen. Zumal es schon reichlich Zusagen

gab. Beim Energiegipfel im April 2006 hatte die Branche angekündigt, bis 2012 insgesamt 70 Milliarden Euro zu investieren. Mehr als 30 Milliarden Euro sollten in Kraftwerke und Netze fließen, der Rest in erneuerbare Energien.

Die Abrechnung steht noch aus. Durch die Finanzkrise und den schärfsten Wirtschaftseinbruch in der bundesdeutschen Geschichte wurde manches Projekt auf Eis gelegt. Der Branchenverband BDEW rechnet dagegen vor, zwischen 2007 und 2010 hätten alle Versorger 34 Milliarden Euro investiert. (dpa)

Kommentar

An vielen Fronten



Wolfgang Bliebert über die Kanzlerin und die Energiepolitik

Viel Feind, viel Ehr - ist das das neue Motto der Kanzlerin, die stets ängstlich darauf bedacht war, nirgendwo anzuecken? Angela Merkels energiepolitische Deutschlandreise hat jedenfalls deutlich gemacht, dass sie auf einen Konflikt mit verschiedenen Fronten zusteuert.

Konfliktfeld eins: Beim Streit um die geplante Laufzeitverlängerung für Atommeiler werden es sich die Länder kaum gefallen lassen, dass die Regierung den Bundesrat trickreich umgehen will. Haftungsfragen für AKW sind Ländersache, ein Streit vor dem Bundesverfassungsgericht scheint sicher.

Konfliktfeld zwei: Wenn die Kanzlerin sich auf ein Geschäft „längere Laufzeiten gegen freiwillige Investitionen der Konzerne“ einließe, wäre sie naiver als gedacht. Schließlich ist die Selbstverpflichtungszusage der Industrie auf Obergrenzen für Autoabgabe noch in schlechter Erinnerung.

Und dann Konfliktfeld drei: die Einnahmen aus der Brennelementesteuer, sollte sie denn kommen. Der Finanzminister möchte damit den Haushalt sanieren, sein Umweltkollege die erneuerbaren Energien fördern. Die Kanzlerin wird möglicherweise entscheiden müssen.

Das für Ende September angekündigte Energiekonzept kann so zu einem Zeugnis über die Regierungsfähigkeit der Koalition werden. Gute Noten sind derzeit nicht zu erwarten.

bli@hna.de